

Nr. XIX. GP.-NR  
1966 /J  
1995 -10- 0 1

## DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Jarolim  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend einen obskuren "Sozialfonds" der Freiheitlichen und mögliche  
Steuerhinterziehungen

Der Landesparteiobmann der FPÖ-Burgenland, Dr. Wolfgang Rauter, ist einer breiteren Öffentlichkeit in Österreich erstmals dadurch ins Bewußtsein getreten, als er anlässlich des Ausspruchs von Dr. Jörg Haider über die "ordentliche Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches" diese Einschätzung seines Bundesparteiobmannes vehement verteidigte, sogar verstärkte und von positiven Seiten des NS-Systems sprach.

Weniger bekannt waren die Bemühungen Dr. Rauters, den Freiheitlichen auch ein soziales Mäntelchen umzuhängen.

So erklärte er am 24. 9. 1995 (zitiert nach "Kurier"): "Wir Freiheitlichen werden dieses Land säubern von Privilegienrittern, von Korruptionisten, von Abkassierern, die wirklich nur den eigenen Vorteil im Auge haben."

Bereits am 19. 6. 1989 (lt. APA) hatte er von "eklatanten Ungleichheiten ... zwischen Bürgern und Politikern" gesprochen.

Wohl um dem angestrebten sozialen Image gerecht zu werden, wurde im Sommer 1991 angeblich ein "Sozialfonds für Bedürftige" eingerichtet, der aus "Arbeitsloseneinkommen" von F-Mandataren des Burgenlandes gespeist werden sollte.

In einem Flugblatt behauptete Dr. Rauter daraufhin, daß 230.000 Schilling für die Aktion "Burgenländer in Not" gespendet worden seien.

Gar nicht zu diesem Bild der Sauberkeitspartei und des sozialen Engagements paßten allerdings eine Reihe von Meldungen der jüngeren Zeit:

- \* So heißt es in einer Meldung der Austria Presseagentur vom 4. 9. 1995:  
"Schwere Vorwürfe gegen den Obmann der burgenländischen Freiheitlichen, Wolfgang Rauter, erhob der Klubobmann der ÖVP-Burgenland, Karl Kaplan, am Montag vor der Presse in Eisenstadt. Er bezichtigte Rauter, aus dem F-Sozialfonds für Bedürftige, der mit den Arbeitsloseneinkommen der F-Abgeordneten gespeist wird, über einen längeren Zeitraum - eineinhalb bis zwei Jahre - selbst 6.000 Schilling monatlich bezogen zu

haben. Kaplan berief sich dabei auf die Information eines freiheitlichen Spitzenfunktionärs. Er sprach von einer 'ungeheuren Schweinerei' und forderte Rauter auf, sein Landtagsmandat zurückzulegen. ..."

- \* Nach einer Meldung des "Standards" vom 21. 9. 1995 meinte Rauter dazu, daß er Zahlungen nicht aus dem "Sozialfonds", sondern aus einem F-Konto als Abgeltung für Parteiausgaben erhalten hat. "So habe er für 30.000 Schilling ein Bild, weiters eine Sitzgarnitur, einen Fernseher und ein Videogerät für das Parteibüro gekauft."
- \* Weitere Vorwürfe in der obgenannten APA-Aussendung betrafen angebliche Gelder "für einen F-Klubsekretär, die - als es diesen Sekretär eine Zeit lang nicht gab - auf die F-Abgeordneten aufgeteilt worden sein sollen."
- \* Nach Medienberichten hat auch der F-Abg. Salzl "arbeitsloses Einkommen" in den "Sozialfonds" eingezahlt. Es ist in hohem Maße klärungsbedürftig, ob die S 4.000,--, die er zugegebenermaßen ausbezahlt bekommen hat, nicht auch aus dem Sozialfonds stammen.
- \* Es wurde in diesem Zusammenhang der Verdacht geäußert, "daß man die Einzahlungen in den Fonds als Werbungskosten steuerlich abgesetzt haben könnte, um sich dann 'schamlos zu bedienen'."
- \* Besonders brisant erscheint der vorliegende Sachverhalt dadurch, daß die "BVZ" am 13. 9. 1995 schrieb, daß es sich beim "Sozialfonds" nicht um Konten, sondern um ein Sparbuch handle, das zwei Tage nach Auffliegen des Skandals eröffnet worden sei (!). Weiters dadurch, daß sich Berichten zufolge herausgestellt hat, daß es die Aktion "Burgenländer in Not" gar nicht gibt.
- \* Der Verdacht, daß Dr. Rauter in keiner Weise der Saubermann ist, den er gerne hervorstreichen beliebt, wurde massiv durch den Inhalt einer parlamentarischen Anfrage (1187/J, XIX. GP) erhärtet, aus der sich ergibt, daß Dr. Rauter offenbar nur durch Geltendmachung enorm hoher Werbungskosten zu einem begünstigten Wohnbaudarlehen gekommen ist. So ergab sich aus dieser Anfrage, zu der vom Bundesminister für Finanzen aus Gründen des Abgabengeheimnisses nicht detailliert Stellung genommen werden konnte, daß Rauter allein 1991 zusätzlich zu den "normalen" Werbungskosten eines Arbeitnehmers weitere Werbungskosten aus seiner politischen Funktion in der Höhe von 547.477 Schilling geltend gemacht hat.

Es bestehen wohl wenig Zweifel, daß die Vorgangsweise der Freiheitlichen im Burgenland auf eine Täuschung der Wähler hinausläuft.

Da aber darüber hinaus der in der Öffentlichkeit geäußerte Verdacht weiter im Raum steht, daß zumindest Teile des sogenannten "F-Sozialfonds" zur Auszahlung von un versteuerten Bezügen verwendet worden seien, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

**Anfrage:**

1. Ist Ihnen als Finanzminister die Existenz eines bei den burgenländischen Freiheitlichen eingerichteten "Sozialfonds" bekannt ?
2. Wie sind Zahlungen von Abgeordneten an diesen "Sozialfonds" steuerlich zu behandeln ?
3. Welche steuerrechtlichen Konsequenzen würden sich ergeben, wenn ein Mandatar solche Zahlungen als Werbungskosten geltend gemacht hat ?
4. Welche steuerrechtlichen Konsequenzen würden sich für einen Mandatar ergeben, wenn er Ausgaben einerseits selbst als Werbungskosten geltend macht und andererseits sich diese Ausgaben von einem "Sozialfonds" seiner Partei oder von einem "FPÖ-Konto zur Abgeltung für Parteiausgaben" ersetzen läßt ?
5. Wie ist die Tatsache zu qualifizieren, wenn aus einem sogenannten "Sozialfonds" Ausgaben für Partezwecke finanziert bzw ersetzt werden ?
6. Wie ist ein sogenannter "Sozialfonds" steuerlich zu behandeln, wenn er aus den durch mehrere Jahre angehäuften Geldbeträgen Zinsen bezieht ?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage gemäß § 93 GOG vor Eingang in die Tagesordnung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu behandeln.